



HESSISCHER LANDTAG

15. 06. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion DIE LINKE

**betreffend keine staatliche Förderung von Parallelgesellschaften:
Geld für staatliche Schulen und Hochschulen, nicht für
Eliteuniversitäten**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass nach dem in Art. 7 Abs. 4 Grundgesetz zum Ausdruck kommenden Rechtsgedanken auch in Privatschulen "eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird".
2. Der Landtag stellt fest, dass die European Business School (EBS) 12.000 € Studiengebühren im Jahr von ihren Studierenden verlangt. Das ist eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern.
3. Der Landtag missbilligt daher die Zusage der Landesregierung für eine Anschubfinanzierung in Höhe von 25 Mio. € zugunsten der European Business School (EBS), um die Errichtung eines weiteren Standorts in Wiesbaden zu fördern. Die Landesregierung handelt dabei nicht im Sinne des Grundgesetzes, sondern fördert die soziale Selektion im Bildungswesen.
Gerade angesichts der Unterfinanzierung des staatlichen Bildungssystems ist es nicht hinnehmbar, dass die Steuerzahler für die Errichtung einer Eliteuniversität derart belastet werden, während die Kinder von Normalverdienenden in überfüllten Klassen und Hörsälen lernen. Eine staatliche Förderung von elitären Parallelgesellschaften ist nicht akzeptabel.
4. Der Landtag spricht sich für einen am wachsenden Bedarf orientierten öffentlichen Finanzierung von Hochschule und Forschung aus. Statt die Differenzierung in Elite- und Massenhochschulen voranzutreiben, muss eine regional ausgewogene Hochschulfinanzierung in der Fläche gewährleistet werden.

Wiesbaden, 15. Juni 2009

Die Fraktionsvorsitzende:
Wissler